

Federführung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) die Veranstaltung „Auf der Suche nach einem vernünftigen Umgang mit dem Atommüll in Deutschland“ durch. Sie wird im Umweltforum in der Auferstehungskirche in Berlin-Mitte, Pufendorfer Straße 11, stattfinden.

Mit dieser Veranstaltung soll die öffentliche Debatte beim Umgang mit Atommüll in Deutschland intensiviert werden. „Im Unterschied zu den Parteienvertretern, die in Küchengesprächen die Konturen des Standortwahlgesetzes (StandAG) ausgehandelt haben, diskutieren die Umweltverbände und Anti-AKW-Initiativen offen und öffentlich über die Mängel des Gesetzes“, stellt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) heraus. Ein solcher wichtiger Baustein sei die öffentliche Konferenz Ende März in Berlin, die von den Umweltverbänden derzeit vorbereitet wird. Das Gesetz enthalte Lücken und Schlupflöcher, um Gorleben als Zielort für Castortransporte im Spiel zu halten und als Endlagerstandort durchzusetzen, rügt BISprecher Wolfgang Ehmke.

Lücken und Schlupflöcher

Heftigen Anstoß nehme man auch an der Doppelstruktur, die das Gesetz vorschreibt. „Einerseits startet eine neue Superbehörde, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BkE), die Arbeit und soll Endlagerkriterien und Standorte benennen. Zugleich soll die Endlagerkommission mit einem ähnlichen Auftrag die Arbeit aufnehmen.“ Ob deren Ergebnisse am Ende überhaupt vom Bundestag angenommen werden, obliege aber wieder parteipolitischem Einfluß, kritisiert die BI.

Ehmke: „Ob die Mitarbeit in eine Mitmachfalle mündet oder ob es gelingt, die Prämissen einer Mitarbeit zu klären,

wird weiter diskutiert. Eine wichtige Voraussetzung ist für uns, dass die Arbeit des BkE zurückgestellt wird. Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist da am Zug.“

Die Glaubwürdigkeit wird auch an anderer Stelle unterhöhlt. Greenpeace-Anwälte haben das neue Standortwahlgesetz (StandAG) unter die Lupe genommen und weisen auf eine Lücke, mit der Gorleben als Atommüllendlager im Spiel gehalten wird. Einerseits heißt es im StandAG, die Erkundung in Gorleben sei mit Inkrafttreten des Gesetzes beendet. „Das klingt beruhigend und nach Neubeginn“, so Wolfgang Ehmke. Gleichzeitig, so heißt es an anderer Stelle, soll Gorleben aber unter „Wahrung aller rechtlichen Erfordernisse“ in das neue Suchverfahren mit einbezogen werden. Bisher zählt das Bundesumweltministerium den alten Rahmenbetriebsplan offenbar zu den „rechtlichen Erfordernissen“, auf die man in Gorleben nicht verzichten könne, während noch nicht einmal andere Standorte benannt sind oder gar Betriebspläne an anderen Standorten vorliegen. „Das ist ein Widerspruch im Gesetz, oder es ist gewollt, wenn am Planfeststellungsantrag aus dem Jahr 1977 und dem Rahmenbetriebsplan aus dem Jahr 1983 festgehalten wird. Diese Verfahren sind der Inbegriff von über 30 Jahre Tricksen und Täuschen, um den Salzstock Gorleben unter dem Deckmantel der „Erkundung“ als Atommüllendlager auszubauen. Wir fordern die neue Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf, das Atomgesetz und das StandAG eindeutig zu fassen, sonst braucht es keine Endlagerkommission um festzustellen, dass das ganze gegenwärtige Procedere nur den Zweck verfolgt, Gorleben politisch und juristisch als Endlagerstandort zu zementieren“, so Ehmke.

Öffentlichkeitsarbeit

VDI-Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Den Entwurf für eine Richtlinie VDI 7000 „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten“ hat der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) am 23. Januar 2014 in Berlin vorgestellt. Einsprüche werden bis zum 31. März 2014 vorzugsweise über das VDI-Richtlinien-Einspruchportal www.vdi.de/einspruchportal erbeten.

Die Richtlinie soll private und öffentliche Vorhabenträger zu mehr Akzeptanz bereits im Vorfeld gesetzlich geregelter Öffentlichkeitsbeteiligungen eines Genehmigungsverfahrens verhelfen und bei der Suche nach einer breit akzeptierten Antragsvariante unterstützen, heißt es. Die Anwendung der Richtlinie mindere die Risiken bei der Realisierung von Industrie- und Infrastrukturprojekten und helfe, rechtliche Konflikte zu vermeiden, wird versprochen. Das in der Richtlinie beschriebene Vorgehen ermögliche durch Vorwegnahme der Austragung von Konflikten eine erhebliche Entlastung der gesetzlich geregelten Verfahren und ihrer Instrumente, wie Erörterungstermine. Zusätzlich könnten hierdurch Vorhabenträger auch neue technische Lösungen finden, die auf breitere Akzeptanz treffen – und zwar zu einem Zeitpunkt, der noch Handlungsspielräume biete und zu dem Konflikte noch nicht eskaliert sind.

Die Richtlinie richtet sich vorrangig an private und öffentliche Vorhabenträger, sei aber für Behörden, zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände, Ingenieurbüros, Gutachter, Kanzleien, Kommunikationsagenturen und Prozessgestalter ebenso relevant, wird die

Richtlinie angepriesen.

Das Inhaltsverzeichnis des Richtlinienentwurfs VDI 7000 ist einsehbar unter www.vdi.de/karriere/vdi-7000/. Und für 107,90 Euro ist der gesamte Text über diese Website beim Beuth Verlag GmbH erhältlich. ●

Buchankündigung

Politische Mediation

Im Februar 2014 soll das Buch „Politische Mediation. Prinzipien und Bedingungen gelingender Vermittlung in öffentlichen Konflikten“ von Christoph Besemer beim Verlag Stiftung Mitarbeit erscheinen. Das Thema ist angesagt: Dialog hier – Dialog da. Wirkliche Mitbestimmung ist dabei eher die Ausnahme, meist geht es den Initiatoren nur um ein wenig Information von oben nach unten. Die Anti-Atom-Bewegung hat mit derartigen Dialogen extrem viele – schlechte – Erfahrungen. Dass es und wie es anders gehen kann, zeigt unter anderem ein Aufsatz von Silke Freitag über den konsensorientierten Dialog um die Stilllegung der ehemaligen Atomforschungsanlage GKSS, die heute vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht betrieben wird. Dort hat der Betreiber im Herbst 2013 einen „konsensorientierten Dialog“ angeboten. Erst vor kurzem haben Betreiber und Begleitgruppe „Grundzüge für die Zusammenarbeit“ und das jeweilige Selbstverständnis im Rahmen dieses Prozesses veröffentlicht.

Dirk Seifert, Robin Wood

<http://umweltfairaendern.de/2014/01/politische-mediation-konsensorientierter-dialog-und-mitbestimmung-rueckbau-des-forschungsreaktors-in-geesthacht/> ●